

Soziale Bewegungen in Städten – städtische soziale Bewegungen

Margit Mayer

Was genau ist mit ‚städtischen Bewegungen‘ gemeint und wie werden sie in der einschlägigen Forschung konzipiert? Ist der Analysegegenstand eine soziale Bewegung, die – mehr oder weniger zufällig – in Städten stattfindet, oder wird unterstellt, dass spezifische Eigenschaften von Städten eine besondere, eigene Art von Bewegungsaktivität hervorbringen? Während im ersten Fall die Stadt lediglich den (passiven) Austragungsort von politischen oder sozialen Kämpfen darstellt, in denen es um ‚größere‘ als rein städtische oder lokale Anliegen geht, geht es im zweiten Fall um spezifisch städtische Problemlagen, stadträumliche Aspekte, oder das Recht auf Stadt; oder aber spezifisch urbane Merkmale wie bspw. zentrale Plätze, öffentliche Orte oder städtische Infrastrukturen gelten als auslösende Mobilisierungsfaktoren. In jüngeren Beiträgen dieser Richtung wird sogar argumentiert, dass im Gegensatz zu anderen Lokalitäten Städte per se mobilisierungserzeugend seien, und diese ihre bewegungsgenerierenden Fähigkeiten genauer beforscht werden sollten (Uitermark u. a.: 2012).

Die Vorstellungen davon, was wir zu städtischen Bewegungen assoziieren, sind äußerst vielschichtig und durchaus widersprüchlich. Welche Rolle spielt das Städtische bzw. der städtische Raum in heutigen Bewegungen? Stellen städtische Bewegungen eher eine begrenzte, durch partikular-lokale Bedingungen beschränkte Variante von Bewegungen dar, die in der „lokalen Falle“ festsitzen? Oder lassen sich städtische Problemlagen gesellschaftlich kontextualisieren und damit politisch aufladen? Die breite Variation in den Antworten, die in der aktuellen Literatur auf solche Fragen präsentiert werden, ist sicherlich zum Teil rückführbar auf die massiven Umstrukturierungsprozesse, die Städte im Verlauf der Globalisierung transformiert haben.¹ Aber sie ist auch Resultat der Spaltung zwischen den unterschiedlichen Disziplinen, die sich mit Stadtforschung beschäftigen. Je

1 Mit dem – zumindest von Henri Lefebvre und seinen Anhängern so formulierten – Resultat, dass sie als solche aufgehört haben zu existieren: Statt von ‚Städten‘ sollten wir von ‚urbaner Gesellschaft‘ und ‚Urbanisierung‘ sprechen, diagnostizierte Lefebvre bereits 1970: „Der Begriff Stadt entspricht keinem gesellschaftlichen Objekt mehr. Soziologisch gesehen ist er

nach disziplinärer Ausrichtung kommen höchst unterschiedliche Konzeptionen der Rolle des Städtischen im Kontext zeitgenössischen Wandels zur Anwendung – so die Rolle der Stadt bzw. des Urbanen überhaupt als relevant erachtet wird. Viele Bewegungstheorien beispielsweise sehen das Urbane keineswegs als eine Kondition, die für die Praxis oder Einschätzung politischer und sozialer Auseinandersetzungen eine relevante Rolle spielt. Soziale Bewegungen erforschende Politologen und Soziologen interessieren sich traditionellerweise mehr für die Beziehung und/oder die Konflikte zwischen Bewegungen und staatlichen Institutionen. Und die jeweiligen disziplinären Untergruppen wie Stadtpolitik/lokale Politikforschung oder Stadtsoziologie definierten sich zunächst eng entlang konventioneller Kommunalpolitik und eher apolitischer gesellschaftlicher Interaktionen, in denen politische Auseinandersetzungen kaum eine Rolle spielten. Obwohl sich diese traditionellen Ausrichtungen in letzter Zeit etwas geöffnet haben, wirken diese Prägungen noch nach. Geographen, Planer und Stadtforscher dagegen sind seit längerem führend in den Debatten zur emanzipatorischen Stadt, und zum Verhältnis von Stadt und Bewegungen.

Um klärende Schneisen in dieses unübersichtliche Feld der städtischen Bewegungen zu schlagen, geht dieses Kapitel verschiedenen disziplinären Ansätzen nach und kontrastiert dort jeweils interessante Beiträge. Zunächst geht es auf Arbeiten von Stadtgeographen ein, die eine Bandbreite von Konzeptionen der Rolle des Städtischen im Kontext gesellschaftlichen Wandels anbieten. Stellvertretend für kontroverse Positionen in diesen Debatten werden insbesondere zwei auf den ersten Blick an gegensätzlichen Enden des Spektrums angesiedelte Positionen vorgestellt: einerseits David Harveys, in der Städte und Kämpfe um das Recht auf Stadt als zentral (für revolutionäre Veränderungen) erachtet werden, und andererseits Andy Merrifields Position, die das Recht auf Stadt als ungeeignet für die heutigen Kämpfe ansieht, als schlicht nicht „das *richtige* Recht, das heute artikuliert werden muss“ (Merrifield 2011: 478).

Sodann werden zwei – ebenfalls in gewisser Weise gegensätzliche – politikwissenschaftliche Positionen präsentiert: zum einen eine insbesondere in Frankreich verbreitete neuere Forschungsrichtung zu politischer Aktion, die die engen Grenzen konventioneller Stadtpolitikforschung zu transzendieren sucht, indem sie bislang eher unsichtbare Formen städtischer Auseinandersetzungen in den Vordergrund rückt; zum andern geht es um auf Traditionen politischer Theorie aufbauende Arbeiten, die sich auf Aristoteles und die ideale Polis beziehen. In dieser Sparte politischer Theorie, die von Hannah Arendt und anderen weiterentwickelt

ein Pseudobegriff ... Heute bietet die urbane Realität eher den Anblick eines Chaos, einer Unordnung ..., als den eines *Objekts* (1970: 65).

wurde und auf die sich Interpreten der Occupy-Bewegung häufig beziehen, geht es um die (Bedingungen der) Entwicklung substantieller Demokratie. Die interessantesten Vertreter dieser verschiedenen Perspektiven haben jeweils sehr aufschlussreiche Einsichten für unser Verständnis der Rolle und Möglichkeiten städtischer Bewegungen unter heutigen Bedingungen anzubieten.

1. Stadtgeographie: Lefebvre – Harvey – Merrifield

Sowohl Harvey als auch Merrifield, wie die meisten anderen Autoren, die sich hier äußern, gehen von Lefebvres Urbanitätskonzept aus – das zunächst widersprüchlich erscheint: Lefebvre definierte Urbanität bekanntlich als ein Konzept, das nicht auf Städte beschränkt ist, sondern er bezeichnete damit eine Form gesellschaftlicher Verhältnisse, die sich mit der Transformation des globalen ökonomischen Systems entwickelt hat. Er kritisierte die *moderne* Form von Urbanität, weil sie genuin städtisches Leben unterminiere. Und mit genuin städtischem Leben meinte er das Leben, das möglich wird, wo *polis* und *civitas* zusammen kommen, wo die Konvergenz von gesellschaftlichem Mehrwert, Macht und Fiestas eine privilegierte Form sozialer Reproduktion ermöglichen (Monte-Mór 2005: 942). Hier kann sich *Urbanität im Sinne von Begegnung* entfalten: wo Differenzen und Fremde aufeinander stoßen bzw. sich begegnen, wo Alltagsleben und Spiel und die Sinnlichkeit der Stadt erfahrbar sind: In dieser Perspektive ist Stadt sowohl ein soziokulturelles Konstrukt als auch gebaute Umwelt, in beidem repräsentiert sie ein einzigartiges „work in progress.“

Lefebvres These (1970, 2009) ist, dass die weltweite Ausbreitung der Urbanisierung, also der modernen Form von Urbanität – angetrieben durch das transnationale Finanzkapital – zu einer „planetaren Urbanisierung“ geführt hat (inklusive der Subsumtion nicht-städtischer Räume unter die entsprechenden Rationalitätsformen) – wo das, was vormalig Urbanität ausmachte, komplett degradiert und ausgehöhlt ist: wo selbst städtische Bewohner nicht mehr automatisch *Stadtbürger* sind, weil sie kein Recht mehr auf ihre Stadt haben, nicht mehr an dem teilnehmen dürfen, was Urbanität ausmache: nämlich am „Recht auf Zentralität“. Dies Recht war für Lefebvre nicht einfach „ein Besuchsrecht, oder (ein) Recht, als Tourist umher zu wandern und gentrifizierte alte Innenstädte zu bewundern, aus denen man verdrängt worden ist“, sondern das Recht, am Leben in seinem Innersten teilzuhaben, „a right to participate in life at the core, to be in the heat of the action“ (Merrifield 2011: 475). Oder, wie Keil/Young Lefebvre hier interpretieren: seine Recht auf Stadt-Forderung meint den Anspruch der Marginalisierten auf Zugang „zu den gleichen Chancen und Gütern, die denjenigen in den

Zentren geboten werden“ (Young/Keil 2011:8) – d. h. die Zentralität nicht nur an die ‚Peripherie‘, sondern in die Zwischenstadt zu bringen (2011:32-33).

David Harvey

Während Harvey sich in seinen früheren Arbeiten (z. B. 2001, v. a. Kap. 9) sorgte, dass städtische Mobilisierungen in partikularen Forderungen verhaftet blieben, folgte er in seinen späteren Analysen der Umbrüche im globalen polit-ökonomischen Kontext (1989, 2008) Lefebvres, und sieht in diesen Umbrüchen (d. h. in der globalen Urbanisierung) die Ursache für eine neue Welle von städtischen Bewegungen, die Recht-auf-Stadt-Bewegungen. Auch eine Reihe anderer Autoren haben in der Folge die globale bzw. neoliberale Urbanisierung als zentralen Erklärungszusammenhang für städtische soziale Bewegungen ausgemacht (z. B. Brenner/Theodore 2003; Purcell 2003; Leitner/Peck/Sheppard 2007; Marcuse 2011; Nicholls 2008) – und als Feindbild, das für die kollektive Identitätsbildung dieser Bewegungen wichtig ist. Aber sie widmen sich kaum der Frage, inwiefern die Stadt mehr ist als der geographische und politische Zielpunkt der Bewegungen.

Harvey dagegen thematisiert in jüngeren Veröffentlichungen (2008, 2011, 2012a), die sich mit der städtischen Situation seit der Finanzkrise auseinander setzen, explizit die Bedeutung des Städtischen für die anstehenden gesellschaftlichen Umbrüche und fragt danach, wer die potentiellen Akteure dieses Wandels sein könnten. (Seine Antwort: die ‚Produzenten‘ von Stadt, die allerdings noch unorganisiert und nicht als solche erkannt seien).

Seiner Meinung nach ist die Stadt bzw. ‚das Städtische‘ für die mit der Finanzkrise ausgelösten Transformationen zentral, und zwar auf mindestens zwei Ebenen: zum einen ist die Stadt ursächlich am Entstehen der aktuellen Krise und Konflikte beteiligt (Harvey 2011); zum anderen und noch bedeutender für unsere Frage ist die These, dass das Urbane die aktuellen Auseinandersetzungen prägt – von Tahrir Square bis Occupy Wall Street – obwohl es hier um mehr als Stadt geht.

Er begründet sein Argument, dass die Rolle der Stadt hinausgeht über das bloße Terrain, auf dem sich die neuen Bewegungen manifestieren, mit zwei Hinweisen: zum ersten seien bestimmte städtische Qualitäten dafür verantwortlich, dass sich hier mehr als andernorts Proteste und Kämpfe formieren. Vor allem Charakteristika der gebauten Umwelt und politische Funktionen machen Städte zu zentralen Orten von politischem Widerstand bzw. der Revolte. Das zeigte sich auf den zentralen Plätzen von Tahrir über Tiananmen, Syntagma, Puerta del Sol bis hin zu zentralen Regierungsgebäuden (wie das *State Capitol* in Ma-

dison, Wisconsin).² Die zweite, wichtigere Begründung sieht er darin, dass politischer Protest im urbanen Raum es erlaube, die städtische Ökonomie empfindlich zu stören: die massiven Proteste 2006 der für die Rechte von Einwanderern kämpfenden Migrantengruppen gegen einen Gesetzesentwurf im US-Kongress, der papierlose Einwanderer kriminalisiert hätte, liefen auf einen Streik hinaus, der die wirtschaftlichen Aktivitäten in Los Angeles und Chicago faktisch lahm legte.³ Sogar die illegalisierten (und nicht einmal gewerkschaftlich organisierten) Migranten-Communities in diesen Großstädten konnten also demonstrieren, wie verletzlich die heutigen städtischen Zentren sind. Obendrein sind die wenn auch informellen Organisationen und Aktionen solcher Gruppen und damit ihre politische und ökonomische Potenz inzwischen bedeutender als die traditioneller linker Parteien und Gewerkschaften.

Stadtforscher wie Brenner/Theodore (2003), Schipper/Belina (2009) und Mayer (2010), die aufgrund des mit der Neoliberalisierung einhergehenden Rescaling von Politik einen Bedeutungszuwachs der Ebene der Stadt(region) ausmachen, ziehen daraus ähnliche Schlüsse für die Rolle städtischer Konflikte und Bewegungen. Im gleichen Maß wie die (konkurrenzfähige, unternehmerische, für Investoren wie Kreative attraktive und in globale Kreisläufe effektiv eingeklinkte) Stadt für neoliberale Politik von enorm gewachsener Bedeutung ist, stellen etwaige Friktionen, Unterbrechungen und Störungen in ihrer (Re)Produktion ein schwer kontrollierbares Risiko dar – bzw. einen Aufhänger für Protestbewegungen mit dem Potential, breite gesellschaftliche Resonanz zu finden für Forderungen nach gerechteren, besseren Städten – und nach einer besseren, gerechteren Welt. Aus dieser gewachsenen Bedeutung von Städten bzw. Stadtregionen könnte also abgeleitet werden, dass selbst wenn die Bewegungen sich ‚nur‘ auf städtische Konflikte beziehen, sie *unter heutigen Bedingungen* automatisch darüber hinausgehende, ‚größere‘ Widersprüche artikulieren. Weil Städte zu zentralen Schaltstellen für die (Re)Produktion des globalen Kapitalismus geworden sind, manifestieren sich hier die Widersprüche und Konflikte dieses Systems am deutlichsten, und bieten sich hier strategische Angriffspunkte für soziale Bewegungen.⁴

2 Ähnlich argumentieren Stadtforscher, die die sich in Städten bietende Dichte der Interaktionen und Vernetzungsmöglichkeiten als produktiven Nährboden für die Entstehung und Entfaltung von sozialen Bewegungen ansehen. So betonen bspw. Uitermark u. a. (2012), dass Städte eine ‚generative‘ Rolle für soziale Bewegungen spielen (S. 2550).

3 Am 1. Mai 2006 weigerte sich ein Großteil der migrantischen Bevölkerung in diesen und weiteren Städten, zur Arbeit zu gehen. Siehe auch Harvey 2012b.

4 Aus der Perspektive der Bewegungsforschung könnte man hier noch einen Schritt weiter gehen, denn selbst wenn es stimmt, dass unter den heutigen Bedingungen neoliberaler Globalisierung Städte als Orte, wo sich die Macht des globalen Finanzkapitals und seiner Apparate manifestiert, sie also privilegierte Austragungsorte für die zentralen gesellschaftlichen Konflikte sind, so

Diese beiden Gründe geben Harvey Anlass zu der Frage, ob über die genannten sichtbaren Belege der Relevanz städtischer Kämpfe hinaus es möglicherweise etwas der Erfahrung des Städtischen im Kapitalismus Inhärentes gebe, das es erlaube, die globalen antikapitalistischen Kämpfe zu verankern und besser zu organisieren (2012a: 119-120). Seine Antwort scheint positiv, geht er doch davon aus, dass es nur in Städten möglich ist bzw. unter heutigen Bedingungen möglich wird, gleichzeitig lokale Arbeiterkontrolle und die für die anstehenden Kämpfe notwendigen globalen Koordinationen demokratisch und kollektiv zu organisieren.

Folglich sieht er städtische Bewegungen als die am besten geeigneten Akteure, um Alternativen zum neoliberalen Kapitalismus zu erstreiten.⁵ Die Träger dieser städtischen Bewegungen rekrutieren sich aus der (von Harvey redefinierten) Arbeiterklasse: sie besteht aus denjenigen Menschen, die städtisches Leben produzieren und reproduzieren; auch sie erfahren Ausbeutung, aber weniger im klassischen industriellen Arbeitsprozess als vielmehr durch die von Finanz-, Immobilien- und Handelskapital betriebenen Enteignungsprozesse (2012a: 129).

Andy Merrifield

Gegen Harveys Begründungen für die Schlüsselrolle des Städtischen und gegen seine Priorisierung der Recht-auf-Stadt-Bewegungen könnte man einwenden, dass

hängt ihre potentielle strategische Bedeutung doch davon ab, wie die Bewegungen es schaffen (oder nicht), diese Machtzentren als solche sichtbar und zugänglich zu machen. In den letzten 20 Jahren, v. a. im Gefolge der globalisierungskritischen Bewegung, haben städtische Proteste vielerorts genau dies versucht, vereinzelt oder auch koordiniert und gleichzeitig, urbane Zentren in ihrer Funktionalisierung für Wachstumsstrategien und interurbane Konkurrenz sichtbar zu machen: Reclaim the Streets!, Anti-Gentrifizierungsbewegungen, „J18“ (als am 18. Juni 1999 in 40 Städten rund um den Globus mit Besetzungen des öffentlichen Raums, Straßenparties und Happenings gegen den Weltwirtschaftsgipfel in Köln demonstriert wurde), die May Day-Proteste in Londons Finanzviertel, oder die Innenstadtaktionen in deutschen und Schweizer Großstädten (vgl. Mayer 2013).

- 5 Zentral für dies Argument ist, dass er 1. den der traditionellen Arbeiterklasse zugrundeliegenden Klassenbegriff und das Terrain des Klassenkampfes redefiniert (mit Verweis auf einerseits zunehmende [sog. sekundäre] Ausbeutungsformen via Enteignung und andererseits auf die „Urbanisierungsproduzenten“, die ebenfalls Wert und Mehrwert schaffen), und 2. die internationale Arbeitsteilung betont sowie die daraus folgende Notwendigkeit, „Institutionen globaler Koordination herzustellen. Auf dieser Grundlage kann er die Einschätzung traditioneller linker Theoretiker,“ die städtische Bewegungen für minderwertig („separate from and ancillary to“) gegenüber antikapitalistischen bzw. Klassenkämpfen (die in den Ausbeutungs- und Entfremdungszusammenhängen des Produktionsprozesses verankert sind) erachten, zurückweisen: „... anti-capitalist struggle must not only be about (re)organizing within the labor process (fundamental though that is), but must also be about finding a political and social alternative to the operation of the capitalist law of value across the world market (2011: 8). Traditionelle Theoretiker würden die potenzielle Macht der städtischen ArbeiterInnen, selbst wenn sie heute vielfach prekär und fragmentiert sind, unterschätzen: „Organized, those workers would have the power to strangle the metabolism of the city“ (2011: 29).

angesichts des heutigen Urbanisierungsgrades, wo mehr als 50 % der Menschen in Städten leben, die meisten Konflikte und Auseinandersetzungen (um Ungleichheit, Diskriminierung, Enteignung etc.) quasi automatisch in Städten stattfinden – also völlig unabhängig von irgendwelchen spezifisch urbanen Qualitäten. Aber nicht nur deswegen kritisiert Merrifield (2011) die zentrale Bedeutung, die Harvey der Stadt bzw. dem Städtischen für den gesellschaftlichen Umbruch einräumt. Er hinterfragt sowohl Lefebvres als auch Harveys These, dass die Stadt eine Schlüsselrolle in den Kämpfen gegen die Neoliberalisierung spiele, weil „die Besonderheit der Stadt darin zu bestehen [scheint], dass es keine Besonderheit mehr gibt“ (2011: 476). Aus diesem Grund sei das Recht auf Stadt-Konzept gleichzeitig zu weit und zu eng, um in irgendeiner Weise für die Destabilisierung der großen Finanzinstitutionen und Unternehmenskonzerne brauchbar zu sein. Es ist zu weit, weil Urbanisierung laut Lefebvre ein weltweiter, alles subsumierender Prozess sei, und es ist zu eng, weil es die Reproduktion des Finanz- und sonstigen Kapitals nicht wirklich stört, und auch, weil die Forderungen der Menschen, die seit 2011 von Kairo über Madrid bis nach New York massenhaft auf den Straßen demonstrieren, weit übers Städtische hinaus gehen: hier geht es um kollektive Menschenrechte und um echte Demokratie und nicht nur um eine bessere Stadt. Auch wenn sich der Protest in Städten artikuliert, geht es hier um „something simpler and vaster than urbanism as we once knew it“ (2011: 479).

Statt für ein ‚Recht auf Stadt‘, was schlicht nicht das angemessene Bewegungs-Motto sei, plädiert Merrifield für eine „Politik der Begegnung“ (politics of encounter), wobei er sich auf einen späten Text von Lefebvre, „When the city loses itself“ (1989), stützt. Hier skizziert Lefebvre, wie die voranschreitende kapitalistische Entwicklung ein städtisches Gewebe von „Nähe ohne Gemeinsinn, von Präsenz ohne Repräsentation, von Begegnung ohne echte Zusammenkunft“ und Stadtbewohner ohne Bürgerrechte geschaffen habe, und schließt daraus, dass das Recht auf die Stadt nun „nichts weniger impliziere als eine revolutionäre Konzeption von Bürgerschaft“ (zitiert in Merrifield 2011: 475). Merrifield folgert daraus, dass, wenn Urbanisierung planetar sei, es nicht darum gehen könne, ein Recht auf Zentralität zu beanspruchen – sowieso existiert in unseren heutigen polyzentrischen Städten keine urbane Zentralität mehr. Stattdessen generiere das „Encounter“, die Begegnung der Vielen auf den Straßen und Plätzen, die in realen und virtuellen Räumen eng und zeitnah miteinander verknüpft sind, eine *neue Form* von Zentralität: öffentliche Räume, die nicht wegen ihrer geographisch zentralen Lage, sondern wegen ihrer Besetzung durch miteinander verbundene Menschen eine Gegenmacht herstellen. „Wenn diese Schwärme zusammen kommen, dann sind sie riesig und zentral“ und bilden politische Bewegungen, die über Schlag-

kraft verfügen, argumentierte Merrifield bei der Jahrestagung der American Association of Geographers 2012 (vgl. auch Merrifield 2012, 2013). Also nur wenn „das Städtische mit einer bestimmten Form von Nähe, mit Menschen und Aktivitäten ... , durch die Herstellung von Konzentration und Simultaneität, von Dichte und Intensität“ gefüllt ist, nur dann sind ‚Encounters‘ möglich, werden revolutionäre Erhebungen real (Merrifield 2012: 272-273). Als Beispiel dient ihm die Besetzung des Zuccotti Parks im New Yorker Finanzdistrikt, bei der es keineswegs um die Realisierung von Zentralität im Sinne der Rückeroberung des Stadtzentrums gegangen sei. Vielmehr haben die Aktivisten auf diesem Platz ihr eigenes Konzept städtischer Zentralität definiert: „... centrality at Zuccotti Park represented the culmination of encounters, a new capacity of concentration, a tipping point ..., which helped marginality center itself“ (275-6). Die Aktivisten haben dort ein neues Kampfterrain geschaffen, „a new time and space of protest ... this new space is a space neither rooted in place nor circulating in space, but rather one inseparable combination of the two, an insuperable unity that we might describe as *urban* ... an urban politics that somehow breaks the boundaries of the urban itself; or urbanism going beyond itself“ (278).

Manchen mag dies schwärmerisch oder verquast klingen, jedoch thematisiert Merrifield mit diesen Ausführungen genau den Punkt, an dem heute Bewegungen um die Stadt und gesellschaftsverändernde Bewegungen, die sich die städtischen Plätze und Infrastrukturen zunutze machen, konvergieren: „... the stake of protest is not strictly the city nor even the urban; yet perhaps ... it is something about contemporary planetary *urban society* that enables these protests to be made, that permits ... such a definition of protest, a definition in which people collectively can now publicly define themselves, encounter one another ... as citizens in front of the whole wide world“ (2012: 279). Bewegungen für „eine andere Stadt“, für demokratische, sozial- und umweltverträgliche Urbanisierung fließen nun ineinander mit Bewegungen für ‚democracia real‘ und gegen neoliberale Globalisierung. Sie manifestieren sich keineswegs nur in herkömmlichen städtischen Zentren, sondern genauso in ‚abgelegenen‘ exurbanen Gegenden wie im kalifornischen Imperial Valley, wo Occupy El Centro – eine Allianz von Aktivisten gegen die 30%ige Arbeitslosigkeit, massive Umwelt- und Wasserprobleme, und gegen die Entrechtung der migrantischen Arbeiter – die gleiche Kombination von solidarischen Encounters und damit Zentralität geschaffen haben (Davis 2011; vgl. auch Keil 2011).

2. Politik- und Sozialwissenschaften

Wenn wir die Felder der Sozial- und Politikwissenschaften, die sich mit sozialen Bewegungen beschäftigen, betrachten, fällt zunächst auf, dass ihre diversen Theorieangebote eine mögliche Rolle des Urbanen für die Erklärung der Dynamik sozialer Mobilisierungsprozesse kaum vorsehen. Den meisten Bewegungstheorien fehlt eine Bezugnahme auf urbane Bedingtheiten von Protest- und Bewegungsverläufen komplett. Dies ist einerseits Resultat der bereits erwähnten disziplinären Arbeitsteilung, in der die soziologische Forschung sich vielfältigen (zumeist als unpolitisch wahrgenommenen) sozialen Interaktionen widmet, während die politologische Forschung auf die Beziehungen zwischen Bewegungen und staatlichen Institutionen fokussiert. Nur hier wird die Beziehung zwischen Staat und Bürgern als inhärent ‚politisch‘ wahrgenommen, insofern hier politische Ansprüche – häufig in konfrontativer Manier – erhoben werden. In letzter Zeit haben jedoch mehr und mehr ForscherInnen darauf verwiesen, dass diese Form von Politisierung nur eine aus einer Fülle unterschiedlichster Interaktionsformen zwischen Zivilgesellschaft und Staat darstellt. Was innerhalb dieser (Sub-) Disziplinen also als ‚städtische Bewegung‘ zum Forschungsgegenstand werden kann, hängt entscheidend von der Definition des ‚Politischen‘ ab. Lange Zeit hat die Bewegungsforschung das Politische an strategisch organisierten Konfrontationen zwischen Subalternen und Herrschenden festgemacht (vgl. hierzu auch Hohenstatt/Rinn in diesem Band), jedoch zusehends erweitert sich der Politikbegriff in der Stadt- wie in der Bewegungsforschung, wodurch auch andere Aktionsformen, v. a. solche die im städtischen Rahmen wichtig bzw. weit verbreitet sind, sichtbar werden. Sowohl spontane ‚riots‘ wie informelle, alltägliche Transgressionen werden zunehmend als konstitutiver Teil urbaner Auseinandersetzungen und städtischer Politik gesehen und damit als forschungsrelevant anerkannt – auch wenn einschlägige Analysen noch nicht systematisch mit der (städtischen) Bewegungsliteratur verknüpft sind (vgl. Boudreau/Mayer 2012).

Postoperaistische Ansätze

Boudreau u. a. (2009) haben in ihrer Untersuchung von Mobilisierungsprozessen unter migrantischen HausarbeiterInnen in Los Angeles, die sich an den Protestdemonstrationen gegen die Einwanderungsreform der USA 2006 beteiligten, aufgezeigt, dass mannigfache Kontinuitäten zwischen dem Alltagsleben und der Protestbeteiligung der MigrantInnen für die politische Mobilisierung ausschlaggebend waren. Solche Beobachtungen verdichten sie theoretisch in einem dreischichtigen

Konzept von Urbanität⁶ als historisch-situierter Weltanschauung, die global das Alltagsleben strukturiert (Boudreau 2010). Dies Konzept soll die Herausarbeitung einer urbanen Logik politischen Handelns ermöglichen, insbesondere die Identifizierung von spontanen und nicht-strategischen, im Alltagsleben wurzelnden Handlungsmustern, die in neueren französischen Debatten häufig als ‚Infrapolitics‘ etikettiert werden. An Hand von sechs Merkmalen, die urbane soziale Beziehungen und Alltagsleben prägen (Interdependenz, Unberechenbarkeit, Mobilität, Differenzen, Geschwindigkeit und intensive Affekte) erarbeitet Boudreau so eine – über konventionelle Definitionen hinausgehende – Bestimmung politischer Handlungs- und Aktionsformen, die als spezifisch ‚urban‘ bezeichnet werden können. Mit diesem Ansatz geraten auch subtile, weniger konfrontative und graduelle Formen der Reorganisation von Machtverhältnissen im urbanen Alltag ins Visier, die in herkömmlichen Analysen politischer Prozesse und Auseinandersetzungen eher ausgeblendet bleiben.

Genauso wie Boudreau die von ihr in den Vordergrund gerückte ‚urbane‘ Handlungslogik als *komplementär* zu anderen, parallel bestehenden und im politischen Prozess relevanten (strategischen, interessenbasierten, kalkulierten, antagonistischen etc.) Aktionsformen sieht, verstehen Bareis und Bojadžijev (2012) den postoperativen Ansatz als komplementär zu gouvernementalitäts- und regulationstheoretischen Ansätzen, wenn es um eine angemessene Erklärung politischer Subjektivität in heutigen ‚neoliberalen städtischen Räumen‘ gehen soll. Nur in Kombination können diese theoretischen Ansätze staatliche Politik in Bezug auf städtische Marginalität sowie die Reaktionen – seien es Aufstände in französischen Banlieues, amerikanischen Ghettos, oder britischen Städten, seien es alltägliche Widerstandspraxen gegen Repression und Ausgrenzung – angemessen erfassen.

Im Gegensatz zu gouvernementalitäts- oder regulationstheoretischen Perspektiven sehen Postoperaisten soziale Kämpfe und politische Subjektivitäten (der Prekären und Marginalisierten) als zentral für die Dynamik des Sozialen an. Die alltäglichen Taktiken und sozialen Kämpfe der verschiedenen prekären Gruppen artikulieren die sich in den Metropolen konzentrierenden Widersprüche der Globalisierung: hier finden sich nicht nur die globalen Kommandozentralen, sondern auch unzählige neue Ausbeutungs- und prekäre Arbeitsverhältnisse sowie neuartige urbane Ausgrenzungsprozesse (Negri 2008). Auch andere Beiträge in der

6 Urbanität als Untersuchungsgegenstand kann bei Boudreau auf drei Ebenen beobachtbar gemacht werden: 1. als Ontologie, 2. als Handlungslogik, und 3. als Reorganisation von politischer Macht, wobei sie sich insbesondere mit der zweiten Dimension, der Meso-Ebene, beschäftigt, wo Urbanität operationalisiert werden kann als Untersuchung einer städtischen Handlungslogik. Sie geht also der Frage nach, ob bzw. inwiefern politische Aktion heutzutage spezifisch urban geprägt ist („Is there something specifically urban in the way we act politically?“ [2010: 55]).

Stadt und soziale Bewegungen

Gestring, N.; Ruhne, R.; Wehrheim, J. (Hrsg.)

2014, VI, 214 S., Softcover

ISBN: 978-3-658-01397-4